



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
Medien

Dortmund

06.09.05

PRESSEMITTEILUNG

Ausbildungsplatzsituation in Dortmund verschärft sich: GRÜNE fordern Ausbildungsumlage!

Die Hoffnungen, dass es über eine Selbstverpflichtung der Dortmunder Unternehmen gelingen kann, die dramatische Ausbildungslücke zu schließen, erfüllen sich nicht. Im aktuellen Ausbildungsjahr stehen nach den Angaben der Arbeitsagentur in Dortmund zurzeit 284 offenen Lehrstellen noch 1571 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle gegenüber. Das sind fast 75 Prozent mehr als im letzten Jahr. Damit zeigt sich in Dortmund eine Entwicklung, die auch in ganz Nordrhein-Westfalen zu beobachten ist, wo insgesamt rund 26.000 Ausbildungsstellen fehlen.

Wenn die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Schaffung von ausreichenden Ausbildungsplätzen nicht greift, dann muss eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden. Mit dieser Forderung reagiert die Ratsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auf die neuesten Zahlen.

Dazu Birgit Unger, stellvertretendes Mitglied der GRÜNEN im Kinder- und Jugendausschuss: „1571 Jugendliche in Dortmund ohne Ausbildungsstelle sind 1571 zu viel. Wer ohne Ausbildung bleibt, hat ein vielfach höheres Risiko arbeitslos zu werden. Deshalb ist jeder fehlende Ausbildungsplatz auch eine fehlende Zukunftsperspektive. Die Lücke wird größer, obwohl insgesamt weniger Jugendliche als im letzten Jahr eine Lehrstelle suchen! Die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft, ausreichend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, scheint offensichtlich nicht zu greifen.“



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Für diesen Fall, so Unger, hätten die GRÜNEN immer gefordert, eine bundesweite Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Bezahlen müssen diese Umlage diejenigen Unternehmen, die keine oder nur unzureichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das trifft vor allem die großen Unternehmen. Denn während gerade Kleinbetriebe überdurchschnittlich viele benachteiligte Jugendliche ausbilden, gibt es auf der anderen Seite in vielen profitabel wirtschaftenden Großunternehmen zu wenige Ausbildungsplätze.

„Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung werden wir dem Oberbürgermeister vorschlagen, schnellstmöglich eine Dortmunder Ausbildungskonferenz einzuberufen. Mit den Beteiligten wie Verbänden und Kammern der Wirtschaft, aber auch den Schulen sollen konkrete Perspektiven für mehr Ausbildungsplätze erarbeitet werden“, erläutert Birgit Unger. Nach Auffassung der GRÜNEN sollte vor diesem Hintergrund auch beim Konzern Stadt erneut darüber nachgedacht werden, in den kommenden Jahren über Bedarf auszubilden. Die Fraktion will während der Beratungen des Haushalts 2006 entsprechende Gespräche mit dem Koalitionspartner führen.